

# Dafür und dagegen? : braucht die Schweizer Wirtschaft die Bilateralen Verträge II?

Autor(en): **Walker, Felix / Baader, Caspar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **83 (2005)**

Heft 4

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-723895>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.





BILDER: KEYSTONE/EDDY RISCH, ZVC

## Braucht die Schweizer Wirtschaft die Bilateralen Verträge II?

Zwei Europa-Vorlagen kommen dieses Jahr vor das Volk: der Beitritt zum Schengen/Dublin-Abkommen am 5. Juni und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder am 25. September. Ob sie den Standort Schweiz stärken oder schwächen würden, ist umstritten.

**M**it Schengen/Dublin wird unsere Sicherheit erhöht. Nur wer sicher ist, investiert und schafft Arbeitsplätze. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kampf gegen Schwerverbrechen wird verbessert. Unsere Polizei erhält Zugang zur europaweiten Verbrecherdatenbank. Dass die Aufenthaltsbewilligung von international gesuchten Kriminellen ahnungslos jahrelang erneuert wird, wie dies in der Westschweiz geschehen ist, darf nicht mehr vorkommen. Der Schweizer Tourismus profitiert durch die Visaregulation ganz direkt, und das Bankkundengeheimnis wird erstmals in einem Staatsvertrag anerkannt und langfristig gesichert.

Im Asylbereich wird verhindert, dass die Schweiz zum Zufluchtsort von in 27 europäischen Staaten abgewiesenen Asylbewerbern wird. Das entlastet die Bundeskasse.

Besonders wichtig für die Wirtschaft ist die Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens, welches das Schweizervolk im Jahr 2000 mit 67 Prozent Ja-Stimmen angenommen



**DAFÜR:** Felix Walker,  
Nationalrat CVP SG

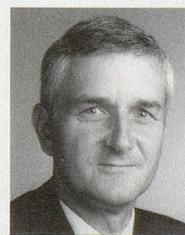
hat. Neu sollen auch gesuchte Arbeitnehmende aus den neuen EU-Staaten hier arbeiten dürfen – vorausgesetzt, für die Arbeitsstelle findet sich niemand in der Schweiz und die knappen Kontingente sind nicht ausgeschöpft. Nur wer einen Arbeitsvertrag hat, darf kommen, Arbeitslose nicht.

Die EU als Abnehmerin von über 60 Prozent unserer Exporte ist unser wichtigster Wirtschaftspartner. Hunderttausende von Arbeitsplätzen sind von guten Wirtschaftsbeziehungen abhängig. Bei einem Nein zur Ausdehnung dürfte die EU das ganze Abkommen kündigen, womit alle Verträge der Bilateralen I dahinfallen würden. Für die Schweizer Wirtschaft wäre dies schlicht eine Katastrophe.

**D**ie Bilateralen II umfassen neun voneinander unabhängige Abkommen mit der EU, acht davon wurden vom Parlament genehmigt und treten in Kraft. Ob sie der Wirtschaft zusätzliche Vorteile zu den Bilateralen I bringen, wird die Zukunft zeigen. Das neunte Abkommen, der Schengen/Dublin-Vertrag, nützt unserer Wirtschaft nichts – im Gegenteil, er gefährdet die Sicherheit und das Selbstbestimmungsrecht unseres Landes. Damit das Volk entscheiden kann, hat die SVP das Referendum dagegen ergriffen.

Das Endziel des Schengen-Abkommens, aber auch des im September zur Abstimmung gelangenden Vertrages über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist dasselbe. Letztlich sollen alle frei in die Schweiz einreisen können. Schengen bedeutet freie Fahrt für Kriminelle. Die Personenfreizügigkeit bedeutet freien Grenzübertritt für Stellensuchende aus den neuen EU-Oststaaten ab 2011.

Mit der Annahme von Schengen müsste die Schweiz ihre Grenzkontrollen aufheben. Die jährlich wegen ungültiger



**DAGEGEN:** Caspar Baader,  
Nationalrat SVP BL

Pässe an der Grenze zurückgewiesenen 100 000 Personen sowie die dort zusätzlich verhafteten und der Polizei übergebenen 35 000 Straftäter könnten künftig unbehelligt in unser Land kommen. Das heisst mehr Illegale und Kriminelle! Das kann nie im Interesse unserer Wirtschaft sein!

Ausserdem würden wir uns bei einem Beitritt zu Schengen in wichtigen Bereichen der inneren Sicherheit dem künftigen EU-Recht unterwerfen und verlören unsere Unabhängigkeit in Visumsfragen. Schengen bedeutet eine klare Preisgabe unseres Selbstbestimmungsrechts und einen Teilbeitritt zur Europäischen Union. Darauf gibt es nur eine Antwort: Nein!